

**Ohne Kampf****kein Fortschritt!**

# „Tax Freedom Day“: Vorsicht Kahlschlaggefahr!

Hinter dem für den 4. August ausgerufenen „Tax Freedom Day“ steckt ein Anschlag auf unseren Sozialstaat. „Steuern und Sozialversicherungsbeiträge blindwütig zu senken, gefährdet die soziale Sicherheit“, warnt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.


Propagiert wird der dubiose „Steuerfreiheitstag“ von der unternehmensfreundlichen, aber sozialfeindlichen Lobby-Institution „Austrian Economic Center“. Der „Tax Freedom Day“ soll jenes Datum benennen, ab dem die Steuerzahler/-innen für sich selbst arbeiten, die Monate davor hätten sie nur „für den Staat“ gearbeitet. Dieser demagogische Unfug ist die Begleitmusik zur radikalen Senkung der Abgabenquote, die die Bundesregierung anstrebt.

## Leistungskürzungen in Milliardenhöhe

Der damit verbundene Steuerausfall führt zu Leistungskürzungen in Milliardenhöhe. Welche Auswirkungen das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben kann, zeigen etwa die aktuellen Kürzungen bei der Kinderbetreuung. „Die Menschen bekommen für ihre Steuern und Sozialversicherungsbeiträge existenzsichernde Pensionen, ein faires Gesundheitssystem, Schulen für ihre Kinder oder eine Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Soll das alles jetzt eingeschränkt werden?“, fragt AK-Präsident Kalliauer.

## Wem nützt eine niedrige Abgabenquote?

Die Abgabenquote ist kein Maßstab dafür, wie die staatliche Finanzpolitik auf die Bürgerinnen und Bürger wirkt. Es ist eine ganz einfache Rechnung: Wenn der Staat weniger einnimmt, kann er auch weniger ausgeben. Die Folge wäre, dass die Menschen verstärkt privat vorsorgen müssten. Und das ist teuer.

„Eine niedrigere Abgabenquote nützt nur privaten Anbietern wie zum Beispiel Versicherungen“, kritisiert Kalliauer. Es gebe ohnehin schon jetzt eine extreme Schieflage: Die ArbeitnehmerInnen leisten einen Großteil der Finanzierung der sozialen Sicherheit und der staatlichen Infrastruktur. Die Faktoren Kapital und Vermögen werden hingegen steuerlich geschont. 

**„Wenn der Staat weniger einnimmt, kann er weniger ausgeben – für Gesundheitsversorgung, Pensionen, Schulen und vieles mehr.“**

**AK-Präsident  
Dr. Johann Kalliauer**

